

Krankheitskosten im öffentlichen Dienst

Bearbeitungszeiten der Beihilfestellen viel zu lang

dbb rheinland-pfalz fordert energisches Gegensteuern

Immer mehr beihilfeberechtigte Beamtinnen und Beamte in Rheinland-Pfalz müssen zu lange darauf warten, dass sie vom Staat und den beauftragten Beihilfestellen Erstattungen für Aufwendungen im Krankheitsfall bekommen. „Wer krank ist, wird zusätzlich noch belastet durch drückende Arztrechnungen und Mahnschreiben“, so die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz.

Besonders wenn höhere Rechnungen angefallen sind und in der Regel innerhalb von 14 Tagen durch die Beamtin/den Beamten beglichen werden müssen, schlagen weit längere Bearbeitungszeiten der Beihilfestellen und Versicherungen

stark ins Kontor – und das in wirtschaftlich und finanziell für alle schwierigen Zeiten.

Bis zu 22 Arbeitstage und damit mehr als vier Wochen dauert es aktuell (Ende September), bis die Beihilfestelle des Landes beim Landesamt für Finanzen einen Beihilfeantrag und damit die grundsätzliche Erstattung der Hälfte anerkanntsfähiger Rechnungsbeträge bearbeitet hat – bundesweit gehört Rheinland-Pfalz damit zu den Schlusslichtern. Beihilfeberechtigte sind bei jeder Rechnung über Krankheitskosten gezwungen, in Vorleistung zu gehen. Während das Finanzministerium angibt, dass Rechnungen von

über 5 000 Euro prioritär bearbeitet würden, heißt es auf Nachfrage auf der Sachbearbeitungsebene verschiedentlich, dass allein nach Eingangsdatum der „Berg“ der Anträge abgearbeitet werde. Insbesondere bei chronisch Kranken und Operationen kommen zumeist Rechnungen von verschiedenen Laboren und Ärzten zusammen, sodass das Gesamtvolumen zwar die Summe von 5 000 Euro überschreiten mag, aber die Einzelrechnungen jeweils darunter liegen – so oder so fühlen sich die Betroffenen von ihrem Arbeitgeber alleingelassen.

Der dbb rheinland-pfalz sieht hier das beamtenrechtliche

Fürsorgeprinzip eklatant verletzt, was die Beihilfezahlung anbelangt.

Wenn sich insbesondere Angehörige unterer und mittlerer Besoldungsgruppen, junge Familien mit Kindern, chronisch Kranke und Betroffene komplizierter und damit teurer Behandlungen überlegen müssen, ob sie angesichts der persönlichen Kreditlinie, der eigenen Rücklagensituation und der galoppierenden Teuerung überhaupt zum Arzt oder in Behandlung gehen, dann wird dieses Prinzip pervertiert.

Dabei arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beihilfestellen an der Belastungsgrenze, um die Bearbeitungszeiten zu verringern. Es mangelt schlicht an einer ausreichenden Personalausstattung, um die Bearbeitungszeit und die Rechnungsaufforderungen in Einklang zu bringen.

Der dbb rheinland-pfalz fordert mehr Stellen in der Bearbeitung der Beihilfe und eine Abschlagszahlung von 80 Prozent, sobald die Bearbeitungszeit 14 Tage überschreitet.

dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Die Beihilfeberechtigten haben einen Anspruch darauf, dass es besser klappt. Sie dürfen nicht alleingelassen werden mit der Bürde des Zahlungsdrucks oder Überziehungszinsen.“ ■



© JPC/hret – stock.adobe.com

„Entlastungspaket III“ und öffentlicher Dienst Energiepreispauschale auch für Pensionäre im Land

dbb rheinland-pfalz mit Forderung erfolgreich

Der rheinland-pfälzische Ministerrat hat am 27. September 2022 entschieden, dass die rund 54 000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des öffentlichen Landesdienstes wie Rentnerinnen und Rentner noch in diesem Jahr eine einmalige steuerpflichtige Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro erhalten werden.

Der dbb rheinland-pfalz hatte das gegenüber dem zuständigen Ministerium der Finanzen

gefordert, denn die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen des Bundes wurden bereits im „Entlastungspaket III“ ausdrücklich einbezogen.

Die Entlastung für stark gestiegene Energiekosten muss nach unserem Dafürhalten auch für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im landesgesetzlichen Anwendungsbereich gelten, da sie genauso betroffen sind wie alle anderen Bevölkerungsgruppen.

dbb Landeschefin Lilli Lenz: „Wir haben im Zuge unserer Forderung Finanzministerin Doris Ahnen mitgeteilt, dass wir darauf vertrauen, dass auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Geltungsbereich des Landesbeamtenversorgungsgesetzes nicht abgehängt werden. Per Einmalzahlung bekommen sie nun konsequent eine Entschädigung zur Pauschale. Das ist gut und richtig. Das ist Solidarität und das ist gerecht.“

Laut Ergebnis des Bundeskoalitionsausschusses vom 3. September 2022 unter der Überschrift „Deutschland steht zusammen“ war eine Einmalzahlung für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Bundes festgelegt worden als Entsprechung zur sogenannten Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, die für Rentnerinnen und Rentner vorgesehen ist.

Die Landesregierung stellt laut Finanzministerium für die Übertragung der Energiepreispauschale rund 15 Millionen Euro bereit. Der benötigte Gesetzentwurf, der auch für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Kommunaldienst gelten wird, soll im November dem Kabinett vorgelegt werden, die Zahlung soll noch dieses Jahr erfolgen. ■

Bezirksverband Rheinhessen

Personal für Digitalisierung fortbilden

Gespräch mit Landrat Heiko Sippel in Alzey

(bv) Die Digitalisierung in der Verwaltung und die Fortbildung in allen Bereichen der Kommunalverwaltung waren ein zentrales Thema bei dem Treffen des dbb Bezirksverbandes Rheinhessen mit Landrat Heiko Sippel in Alzey. Die Gesprächsteilnehmer stimmten darin überein, dass umfassende Schulungsangebote für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten werden müssen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Die Kreisverwaltung Alzey-Worms arbeite intensiv daran, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zu gewährleisten, erklärte Landrat Sippel. Für einen erfolgreichen Zugang zur Verwaltung komme es jedoch darauf an, dass die landesweite Vernetzung funktioniere.

Der Landrat berichtete, dass der Landkreis Alzey-Worms für seine Schulen im Zuge des Digitalpaktes aktuell 3,5 Millionen Euro investiere und als einer der ersten Landkreise hierfür den Förderantrag gestellt habe. Man sei bestrebt, die technische Betreuung der Schulen so weit als möglich durch eigenes Personal sicher-



> Peter Mertens, Lea Bechtolsheimer, Bardo Kraus, Landrat Heiko Sippel, Gerd Schuckert, Thomas Kauff (von links).

zustellen. Durch den Zuwachs an Aufgaben und den Anstieg der Fallzahlen sei ein stetiger Mehrbedarf an Personal zu verzeichnen. Der Landkreis bilde in mehreren Berufen aus und versuche damit für Nachwuchs zu sorgen. Dennoch benötige die Verwaltung auch Seiteneinsteiger.

Die Gesprächspartner stimmten darin überein, dass die Tarifvertragsparteien die Vorgaben für die Ausbildungs- und Prüfungspflicht überarbeiten sollten, um mehr Flexibilität zu erreichen. Peter Mertens schlug vor, in diesem Zusammenhang zusätzliche Möglich-

keiten der Fortbildungsqualifizierung für Tarifbeschäftigte zu schaffen. Büroleiter Kauff betonte, dass sich die Fluktuation in Grenzen halte, was für ein gutes Klima in der Kreisverwaltung Alzey-Worms spreche.

Ein weiteres Thema waren das Betriebliche Gesundheitsmanagement und der Umgang mit Überlastungsanzeigen. Die Kreisverwaltung wird eine Führungskräfte-schulung zum „agilen Arbeiten“ anbieten. Damit soll erreicht werden, Verantwortung innerhalb eines Teams sinnvoll zu delegieren. Hierbei gibt es jedoch tarifrechtliche Belange zu be-

achten. In diesem Zusammenhang wurde die restriktive Haltung der Kommunalaufsicht in Bezug auf den jeweiligen Stellenplan als Hindernis für Personalentwicklungsmöglichkeiten kritisiert. Sorge bereitet den Gesprächsteilnehmern aktuell der enorme Anstieg der Energiekosten. Sie stimmten weiter darin überein, dass das Land Rheinland-Pfalz die Reisekostensätze für die dienstliche Nutzung privater Kraftfahrzeuge dringend anheben müsse.

An der Besprechung in der Kreisverwaltung Alzey-Worms nahmen seitens des dbb beamtenbund und tarifunion Bardo Kraus, Bezirksvorsitzender Rheinhessen, Gerd Schuckert, Kreisvorsitzender Alzey, und Peter Mertens, Kreisvorsitzender Worms und stellvertretender Landesvorsitzender, teil. Die Kreisverwaltung wurde neben Landrat Sippel durch den Büroleiter Thomas Kauff, die stellvertretende Personalratsvorsitzende Lea Bechtolsheimer und die Persönliche Referentin des Landrates, Luise Hertel, vertreten. ■